

## Pflichtfach „Erste Hilfe“ an Schulen?

BONN. Angesichts von rund einer Million Schülerunfällen im Durchschnitt pro Jahr regt die „Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe“ an, die Erste-Hilfe-Ausbildung verpflichtend in den Schulunterricht aufzunehmen. Dadurch solle bei Notfällen nicht nur in der Schule sofortige Hilfeleistung und Schadensbegrenzung ermöglicht werden, erklärte die Arbeitsgemeinschaft. In ihr hatten sich kürzlich das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Malteser Hilfsdienst zusammengeschlossen.

Die neue Arbeitsgemeinschaft will als Forum medizinische Fragen mit aktuellen erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen verknüpfen und Empfehlungen für die Praxis erarbeiten. Beraten wird die Bundesarbeitsgemeinschaft auch vom Deutschen Beirat für Erste Hilfe und Wiederbelebung, der bei der Bundesärztekammer eingerichtet wurde. OD

## Bundesbürger sind umweltbewußt

BIELEFELD. 80 Prozent der Bundesbürger halten den Umweltschutz für ein dringliches, nicht aufschiebbares Problem. Das ergab eine Umfrage des Bielefelder EMNID-Instituts, die von der Messe Düsseldorf aus Anlaß der Umwelttechnik-Ausstellung Envitec 1989 in Auftrag gegeben wurde. Das Umweltbewußtsein der Bundesbürger wird demnach in der Europäischen Gemeinschaft nur noch von dem der Italiener, Griechen und Luxemburger übertroffen. Das Schlußlicht bilden die Franzosen (56 Prozent).

Für die meisten Bundesdeutschen ist der Umweltschutz auch die „politische

Aufgabe Nr. 1“ (57 Prozent), noch vor der Arbeitsplatzsicherheit (50 Prozent). Für die wichtigsten Verursacher von Umweltproblemen halten 69 Prozent der Bundesbürger Fabriken, die Abwasser oder Luft belasten; 40 Prozent stellen die chemische Übersäuerung des Bodens und die Verwendung von Insektiziden in den Vordergrund. Autoabgase sind für 29 Prozent die wichtigste Ursache. Zum Thema Energie-Einsparung gaben 40 Prozent der Befragten an, Türen und Fenster im Haushalt isoliert zu haben.

Als „sehr wichtig“ bis „wichtig“ sieht der Durchschnitt der Bundesbürger die Einschränkung der Tierversuche an. 27 Prozent der Befragten befürchten bei diesem Thema allerdings „wachsende Probleme“. Ebenfalls „sehr wichtig“ bis „wichtig“ erscheint die Pharmakontrolle in der Nutztierhaltung, wobei 31 Prozent „wachsende Probleme“ erwarten. OD

## Kliniken: Prüfungen zukunftsbezogen

BIERSDORF. Externe Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Krankenhäusern, zu meist von den Krankenkassen als Vertragspartner der Krankenhäuser beantragt, haben lediglich prospektive Bindungswirkungen für den Krankenhausträger. Dies stellte der Leiter des Krankenhausreferates des Bundesarbeitsministeriums, Ministerialrat Dr. jur. Rudolf J. Vollmer, während des 7. Biersdorfer Krankenhausgespräches fest. Prinzipiell seien die Krankenhäuser bei der Personaldisposition frei. Die gesetzlichen Krankenkassen hätten keine rechtliche Handhabe, so weit in die Krankenhäuser einzugreifen, daß sie auch die Personalbesetzung und den Stellenplan der Kliniken vertraglich festlegen dürften.

Wirtschaftlichkeitsgutachten und -prüfungen dürften

gegen die Krankenhäuser nicht rückwirkend in Anspruch genommen werden. Deshalb schieden Budgetrückforderungen und Anrechnungen auf die künftige Budgetperiode aus, betonte Vollmer.

Streitfälle – so in Berlin und in Bremen –, die zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen auf Grund externer Wirtschaftlichkeitsgutachten ausgelöst wurden, sind bisher im Wege des Vergleichs ausgeräumt worden. HC

## Notfalldienst in Rheinhessen bewährt

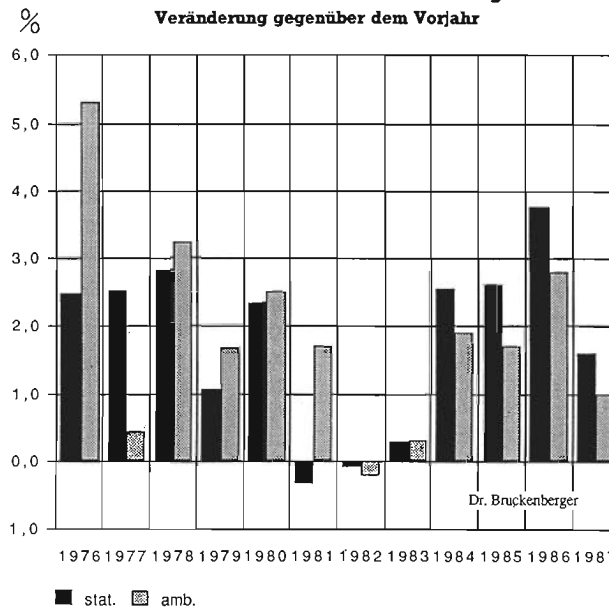
MAINZ. Im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinhessen besteht seit über 20 Jahren eine flächendeckende Organisation des ambulanten ärztlichen Notfalldienstes. In insgesamt 11 Notfalldienstzentralen ist die ärztliche Notfallversorgung während der sprechundenfreien Zeiten der Kassenärzte in 10 Zentralen an Wochenenden und Feiertagen sowie in der Ärztlichen Notfalldienstzentrale Mainz zusätzlich an allen Wochentagen (ab 19 Uhr, mittwochs ab 14 Uhr) in Kooperation mit den Ärztereinigungen organisiert.

1987 wurden in Rheinhessen 52 263 Notfallpatienten ärztlich versorgt (Ärztliche Notfalldienstzentrale Mainz: 16 405 Patienten mit 10 487 Hausbesuchen, 10 Ärztliche Notfalldienstzentralen: 35 858 Patienten mit 11 733 Hausbesuchen).

Die von den Krankenkassen gezahlten Honorare decken die Kosten der ärztlichen Notfalldienstorganisation insgesamt nicht. Darüber hinausgehende Kosten werden von allen niedergelassenen Ärzten der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinhessen einheitlich anteilig getragen. Die gewählte Organisationsform der ärztlichen Notfallversorgung in Rheinhessen hat sich für Patienten und Ärzte bewährt. Dr. E. B.

## Reduzierung der „Inanspruchnahme“

Entwicklung der Zahl der stationären Patienten und ambulanten Behandlungsfälle  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Seit 1984 ist die Nachfragesteigerung bei der stationären Krankenversorgung höher als bei der ambulanten. Über die Kostenübernahme für Krankenhausaufenthalte entscheiden ausschließlich die Krankenkassen, nicht aber die Länder